Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Chefredakteur: Erich Kilfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4194/4195

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin C 2 61, Zeitungsverlag-Platz 6
Drahtanschrift: Gepalmag

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Bezug ist nur auf direkte schriftliche Bestellung gestattet. Bestellungen berücksichtigt 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nicht anders verlangt. Abbestellungen für halbe Seite 10 Tage.

Berlin, den 14. November 1931

Amerikas Krise.

(Von unserm Korrespondenten.)

SPD. Washington, im November (Eig. Ber.

Je näher der Tag der Einberufung des 72. Bundeskongresses rückt, desto ungemütlicher beginnen sich die amerikanischen Volksväter vor ihren unzufriedenen und notleidenden Wählermassen zu fühlen. Wen darf es also wundern, wenn sich urplötzlich im Kapitol verstärktes Interesse an sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu regen beginnt und jedermann herumgeht, als trüge er im parlamentarischen Tornister die Heilmittel, die gewissermassen im letzten Momente die Heilung des kapitalistischen Patienten herbeiführen müssten! So und nicht anders müssen die täglichen Verhandlungen eines Senatskomitees gewogen werden, das unter dem Vorsitz des republikanisch-fortschrittlichen Bundessenators Robert LaFollette tagt und dessen Aufgabe vornehmlich darin besteht, sich über die Ursachen und Eigenschaften der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise im allgemeinen und die Notwendigkeit der Schaffung eines nationalen Wirtschaftsrates zur Stabilisierung der amerikanischen Industrien im besonderen klar zu werden.

Die Einberufung eines solchen Wirtschaftsrates steht auch auf der Wunschliste der Vancouver-Konvention der American Federation of Labor, die sich davon eine rapide Klärung des amerikanischen Wirtschaftshimmels und den Wiederaufschwung der stockenden Industrien zu versprechen glaubt. Vor diesem Komitee erschienen eine Anzahl bekannter amerikanischer Wirtschaftsexperten, die die Schwere der gegenwärtigen Krise mit aller Deutlichkeit unterstrichen und sich für ein grosses nationales Krisenprogramm und die Ergreifung umfangreicher sozialer und wirtschaftlicher Hilfsmassnahmen aussprachen. Auf eine Frage des Senators LaFollette gab der bekannte katholische Wirtschaftler John A. Ryan die Zahl der amerikanischen Arbeitslosen mit über neun Millionen an und fügte hinzu, dass die Zahl der Kurzarbeiter nach seiner Schätzung etwa zehn Millionen betrage. Um der herrschenden Notlage wirksam entgegenzutreten, müssten öffentliche Wohlfahrtsmassnahmen grössten Masses und riesige Notstandsarbeiten der Bundesregierung und der Einzelstaaten sofort in Angriff genommen werden. Auch der Wirtschaftler Dr. Leo Wolman von der Columbia-Universität schlug in eine ähnliche Kerbe und informierte die Senatskommission, dass die diesjährigen Gehälter und Löhne der arbeitenden Klassen Amerikas um mehr als 40 Prozent unter dem Lohnniveau des Jahres 1929 liegen. Alle vorgeladenen Experten waren sich darin einig, dass vor dem nächsten Frühjahr keine Besserung der Wirtschaftslage zu erwarten sei.

Wie setzen sich die amerikanischen Massen mit diesen lebenswichtigen Fragen auseinander? Auf diese Frage machte Leo Wolman die interessante Feststellung, dass die amerikanische Arbeiterschaft überhaupt keine Ahnung von der tatsächlichen Lage habe und der Krisenverschärfung mit völliger Indifferenz

gegenüberstehe. Auch die leitenden Industrie= und Finanzgeister seien, soweit die Zustände am amerikanischen Arbeitsmarkt in Frage kommen, absolute Ignoranten, ihre Betriebe völlig desorganisiert. Um die Situation zu meistern, müsse die Bundesregierung einspringen, bundesamtliche Arbeits=Kontrollorgane schaffen und die gesamte private und industrielle Arbeitsvermittlung unter Staatsaufsicht stellen, kurz alles das tun, was in der von Hoover im vorigen Jahre abgelehnten Gesetzesvorlage des New Yorker Bundessenators Wagner gefordert worden war. Man kann sich denken, mit welcher Erregung dieser Vorschlag in den Kreisen des amerikanischen Unternehmertums aufgenommen worden ist, dessen Wortführer in einer solchen Arbeitsvermittlungskontrolle nicht weniger als den Anfang vom Ende, den Beginn der amerikanischen Bolschewiesierung zu erkennen vorgaben. Dafür wurde dem Senatskomitee ein Gegenvorschlag übermittelt, wonach ein kleiner, von der Industrie= und Handelswelt ernannter und aus hervorragenden Wirtschaftsführern bestehender nationaler Wirtschaftsrat geschaffen werden solle, welcher die Unternehmer in industriellen Arbeits= und Stabilisierungsfragen zu beraten habe. Die Bundesregierung müsse jedoch den "überparteilichen" Charakter dieses Rats anerkennen und ausdrücklich davon absehen, sich in seine Befugnisse einzumischen oder in das amerikanische Wirtschaftsleben einzugreifen.

Aus diesen, von der amerikanischen bürgerlichen Presse bewusst totgeschwiegenen Verhandlungen des LaFollette=Komitees zeigt sich deutlich, vor welcher fürchterlichen Krise die amerikanische Nation in den kommenden Wintermonaten steht. Schon jetzt haben die Löhne durch direkte Abstriche oder durch Arbeitszeitverkürzungen einen derartigen Tiefstand erreicht, dass auch die Existenz der beschäftigten Arbeitermassen aufs ernstlichste gefährdet ist. Ford, der sich in jeder Woche dreimal öffentlich gegen den Abbau des amerikanischen Lohnniveaus aussprach, hat jetzt gleichfalls die vielgepriesene tägliche Minimal=Lohnrate von 7 Dollar auf 6 Dollar gesenkt und damit äusserlich zum Ausdruck gebracht, was von den Worten und Taten des sogenannten aufgeklärten amerikanischen Industriekapitals zu halten ist. Wenn in Washington festgestellt wurde, dass der amerikanische Arbeiter sich garnicht des Ernstes der Situation bewusst sei, so kann das angesichts der Tatsache, dass Regierungsstellen, Wirtschaftsmächtige und ein kapitalistisch orientiertes Gewerkschaftstum Hand in Hand arbeiten, nicht weiter überraschen. Es wird mehr als der Lehren einer internationalen Wirtschaftskrise bedürfen, um die amerikanischen Arbeitermassen aus diesem geistestötenden Sumpf herauszuführen.

SPD. Im Auftrage des Preussischen Ministerpräsidenten hat Staatssekretär Dr. Weissmann am Sonnabend an der Bahre des Landtagspräsidenten Bartels einen Kranz der preussischen Staatsregierung niedergelegt. Er hat gleichzeitig der Witwe des Verstorbenen das Beileid der Staatsregierung und des Ministerpräsidenten persönlich ausgesprochen.

SPD. Breslau, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Loepelmann wurde vom Schöffengericht Breslau wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Loepelmann hatte die Republik in einer öffentlichen Versammlung der Nazis in Breslau masslos beschimpft.

SPD. Braunschweig, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Sonnabend übten sich Braunschweiger S.A.=Formationen wieder einmal in terroristischen Akten. Ein Teil der Zugangsstrassen um Braun= schweig war von Posten besetzt. Radfahrer und Passanten mussten sich "auf Waf= fen" durchsuchen lassen. Die Hakenkreuzler nahmen auch Haussuchungen in dem Arbeitervorort Rautheim vor. Dort sollten Marxisten aufgestörbert werden. Da die Polizei versagte, war sehr bald das Reichsbanner zur Stelle, um die bedroh= ten Rautheimer Arbeiter zu schützen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Ausgehend von dem Wunsche, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutsch= land und der U.d.S.S.R. zu erweitern, sind am Sonnabend in Berlin die deutsch= russischen Wirtschaftsverhandlungen aufgenommen worden. Die Verhandlungen wer= den auf deutscher Seite von Reichswirtschaftsminister Warmboldt und auf rus= sischer Seite von dem Botschafter der U.d.S.S.R. in Berlin, Chintschuk, dem stellvertretenden Volkskommissar Weizer und dem Leiter der Sowjethandelsver= tretung in Berlin, Ljubimow, geführt. Für die Erörterung und Ausarbeitung der erforderlichen Massnahmen sind drei Kommissionen gebildet worden: 1.) eine Kommission für landwirtschaftliche Waren, 2.) eine Kommission für nichtland= wirtschaftliche Waren, 3.) eine Kommission für Spezialfragen. Die Arbeiten in den Kommissionen werden unverzüglich aufgenommen werden.

\+ + +

Die vorstehende Meldung, die von der Erweiterung der Wirtschaftsbezie= hungen spricht, ist ebenso nichtssagend wie undurchsichtig. Wie kann von ei= ner Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen die Rede sein, wenn die Regierung selbst wiederholt die Erklärung abgeben musste, dass sie nicht beabsichtigt die Garantien für den Export nach der U.d.S.S.R. zu erhöhen. Das öffentliche Risiko an den Geschäften nach Russland beträgt nach amtlichen Angaben 700 Millionen Reichsmark. Diese Summe offenbart ein beneidenswertes Vertrauen der Reichsregierung zur Zahlungsfähigkeit der Sowjetregierung.

Da die Sowjetregierung nur auf Kredit kaufen kann, aber in Deutschland Kredite nicht zu haben sind, so kann es sich bei den jetzigen Verhandlungen nur darum handeln, die Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion zu Deutschland auf eine neue Basis zu stellen. Es ist bekannt, dass der Aussenhandel der Sow= jetunion mit Deutschland stark passiv ist und dass die Sowjetregierung im näch= sten Jahr sehr grosse Zahlungen - etwa 500 Millionen - an Deutschland zu lei= sten hat. Angesichts dieser Verpflichtung und angesichts der Möglichkeit, dass die 500 Millionen Mark nicht gezahlt werden können, ist man jetzt bestrebt durch Warenkäufe in Russland die Voraussetzungen für die Einlösung der Fälligkeiten in Deutschland zu schaffen. Die Absicht ist durchaus löblich, denn das Unglück einer russischen Zahlungsunfähigkeit wäre überhaupt nicht auszudenken.

Die jetzigen Verhandlungen lehren also, dass es zwar sehr verantwortungs= freudig war zugunsten Russland ein Risiko für die öffentliche Hand zu über= nehmen, dass man aber wenig überlegend gehandelt hat, als man dem Sowjetstaat einen derartig hohen Kredit einräumte. Jetzt ist Holland in Not und der Reichswirtschaftsminister muss sich nun persönlich bemühen, damit das Geld für die deutschen Forderungen im Kasten klingt. Das wäre nicht notwendig gewesen, wenn sich die Regierung bei ihren Entschliessungen weniger von den Interessen der deutschen Industriellen hätte leiten lassen, sondern von der Beurteilung der Frage, inwieweit man sicher ist das Geld zu bekommen. An Lieferungen nach Russland, die das deutsche Volk bezahlen muss, haben wir kein Interesse. Wenn das deutsche Volk schon zahlen muss, dann können wir mit besseren Arbeitsbe= schaffungsprogrammen dienen als es der Export nach Russland ist und zwar mit

Arbeitsbeschaffungsprogrammen, bei deren Verwirklichung die Werte und das Geld im Lande bleiben und nicht Werke in Russland gebaut werden, die von der kommunistischen Presse als Erfolge des Bolschewismus gepriesen werden.

SPD. Suttgart, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)

Im Verlauf einer nächtlichen Uebung des SA=Sturms der Schwenninger Nationalsozialisten wurden die Teilnehmer erwischt und etwa 70 Leute verhaftet. Darunter befanden sich zahlreiche Lehrlinge und Schüler der Oberrealschule und Fachschule, die der Hitler=Jugend angehörten. Kennzeichnend ist, dass der Führer des SA=Sturmes beim Herannahen der Polizei sofort die Flucht ergriff und bis heute nicht gefasst werden konnte.

SPD. In Berlin ermordete ein Kurt Thieme dieser Tage seine Tante auf bestialische Weise. Der Mörder, ein vollkommen heruntergekommene und degenerierter Mensch ist Mitglied der Nationalsozialistischen Partei und gehört der S.A. an.

In Stettin verübte kürzlich ein gewisser Graf einen Raubmord. Auch Graf war Mitglied der N.S.D.A.P. und S.A.=Mann.

SPD. Paris, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der deutsch-französische Wirtschaftsausschuss hat am Sonnabend=Vormittag seine erste Tagung beendet.

In der Schlussitzung nahm der Ausschuss von den Arbeiten Kenntnis, die seine Sachverständigen am Freitag durchgeführt haben. Die Vorsitzenden jedes Unterausschusses legten dar, wie der betreffende Unterausschuss seine Aufgabe auffasst und welche Mittel zur Durchführung dieser Aufgabe in Aussicht genommen worden sind. Er stellte fest, dass schon jetzt bei allen geprüften Fragen günstige Aussichten für die deutsch=französische Zusammenarbeit vorhanden sind. Der Ausschuss erkannte einstimmig an, dass diese Bemühungen in einem Geiste grosszügiger internationaler Zusammenarbeit durchgeführt werden müssten, und zwar mit dem Ziel, in allen Fällen, in denen sich die Möglichkeit ergibt, Gesamtlösungen herbeizuführen, die der Reorganisation der europäischen und der Weltwirtschaft dienlich sind.

Die vier Unterkommissionen sollen zu folgenden Zeitpunkten zusammentreten: die erste (Handelsbeziehungen) in Berlin am 15. Dezember, die zweite (Transportfragen) in Paris am 27. und 28. November, die dritte (Interessengemeinschaften) zusammen mit der ersten Unterkommission in Berlin und die vierte (Zusammenarbeit im Auslande) in Paris am 18. und 19. Dezember.

Die deutschen Mitglieder der Kommission sind über die ihnen in Paris bereitete Aufnahme und den auf französischer Seite vorhandenen Willen, zu konkreten Ergebnissen zu gelangen, sehr befriedigt. Die deutschen und französischen Mitglieder waren am Sonnabend=Mittag bei Briand zu Gast.

SPD. Konstanz, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die kürzlich in Konstanz bezw. Freiburg im Zusammenhang mit der Beschlagnahme eines aus Berlin stammenden Flugzeugs verhafteten Italiener sollen die Antifaschisten Bassanesi, Tarchiani und Rosselli sein, die im Juli 1930 den antifaschistischen Propagandaflug über Mailand organisiert bezw.

durchgeführt haben. Bassanesi, der seinerzeit das Flugzeug nach Mailand steuerte, verunglückte auf dem Rückflug im Gebiet des St.Gotthard=Massivs schwer. Nach seiner Genesung wurde er in der Schweiz vor Gericht gestellt und zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt.

SPD. Paris, 14.Nov. (Eig.Drahtb.)

Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte am Sonnabend=Vormittag mit Finanzminister Flandin eine längere Unterredung. Es wurden die mit der Einberufung des Sachverständigenausschusses zusammenhängenden Fragen erörtert.

SPD. Köln, 14.Nov. (Eig.Drahtb.)

Das Kölner Schöffengericht verurteilte einen Reichsbannermann wegen Körperverletzung zu einem Jahre Gefängnis.

Der Reichsbannermann hatte einem Nationalsozialisten nach voraufgegangenem Wortstreit durch einen Stockschlag eine schwere Augenverletzung beigebracht, die den Verlust des Sehvermögens auf einer Seite zur Folge hatte. Obzwar der Reichsbannermann nach seiner Meinung in Notwehr, mindestens aber in Putativnotwehr gehandelt hat, erkannte das Gericht auf die schwere Strafe. Die auftretenden Belastungszeugen waren zum grössten Teil Parteifreunde des Nazimannes. Der Verurteilte will gegen das Urteil Berufung einlegen.

SPD. Paris, 14.Nov. (Eig.Drahtb.)

An der Lyoner Universität wurde am Sonnabend unter dem Vorsitz Herriots ein neuer Lehrstuhl, der für das Studium des Friedens bestimmt ist, eingeweiht. Während der Antrittsrede des neuen Professors und der Einweihungsrede Herriots kam es zu lärmenden Kundgebungen nationalistischer Studenten, die Herriot zu scharfen Ausdrücken gegen die Rowdis veranlassten.

SPD. Stuttgart, 14.Nov.(Eig.Drahtb.)

Die württembergische Regierung machte gelegentlich der Beratung von neuen Ausführungsbestimmungen zu verschiedenen Justizgesetzen den Versuch, die in Süddeutschland bestehende Zuständigkeit der Schwurgerichte für politische Press=Prozesse für Württemberg abzuschaffen. Die gesamte Presse aller Richtungen wandte sich dagegen und ersucht in der jetzigen Zeit der politischen Unruhe nicht eine Einrichtung zu beseitigen, die seinerzeit zum Schutz der politischen Pressefreiheit eingeführt wurde und sich wiederholt als nützlich erwiesen hat. Der dem Zentrum angehörige Justizminister Dr. Beyerle verteidigte in der Sonnabendsitzung des Landtags seine Vorlage mit grosser Hartnäckigkeit, erlitt aber eine Niederlage. Ein Antrag, der die Zuständigkeit der Schwurgerichte im bisherigen Umfang ausdrücklich aufrecht erhält, wurde mit grosser Mehrheit angenommen. Für die Vorlage der Regierung stimmten nur das Zentrum und einige Abgeordnete aus dem deutschnationalen Lager.

SPD. Köln, 14.Nov. (Eig.Drahtb.)

Im Steinbruch der Linzer Basaltwerke A.G. bei Buedingen im Westerwald wurden 1½ Zentner Dynamit gestohlen. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

SPD. Paris, 14.Nov. (Eig.Drahtb.)

Der sozialistische Abgeordnete Grumbach bemerkt in der Wochenzeitschrift "Lumière" zur innenpolitischen und finanziellen Lage Deutschlands u.a. folgendes:

"Ein durch einen Bürgerkrieg zerfleischtes oder den Hitlerianern ausgeliefertes Deutschland würde keine Aussicht haben, im Ausland die Hilfe zu finden, die es braucht, um einem neuen Zusammenbruch zu entgehen, der viel umfangreicher und verheerender als der sein würde, den es bereits erlebt hat".

SPD. Tokio, 14.Nov. (Eig.Drahtb.)

In der Mandschurei ist um den Besitz der Brücke über den Nonni-Fluss, die das Einfallstor in die Nordmandschurei bildet, eine verzweifelte Schlacht im Gange. Die Japaner eröffneten mit 4 000 Mann einen sogenannten Präventiv-Vorstoss, um einem angeblich drohenden chinesischen Angriff zuvorzukommen. Nach einem Luftbombardement versuchte japanische Kavallerie eine Umgehung der chinesischen Flanken. Die Chinesen sollen den Angriff angeblich mit Unterstützung einer russischen Brigade abgeschlagen und durch einen Gegenstoss den rechten Flügel der Japaner abgeschnitten haben. Artillerie von beiden Seiten und japanische Flugzeuge setzten den Kampf fort.

SPD. Genf, 14.Nov. (Eig.Drahtb.)

Die Japaner haben dem Völkerbundssekretariat am Sonnabend eine Fülle von Noten überreicht, aus deren Inhalt der Protest gegen Chinas Darstellung der japanischen Politik in der Mandschurei interessiert. Die chinesische Regierung sei selbst schuld an den Verschärfungen der Lage durch die Fortsetzung der antijapanischen Agitation und des Boykotts. Die Ordnungskomitees hielten mit Hilfe der japanischen Truppen viel besser die Sicherheit aufrecht als die auseinandergelaufenen chinesischen Behörden. Die Konzentration grosser chinesischer Truppenmassen bei Tsitsikhar und südlich von Angangchi sei "eine direkte Bedrohung des Friedens".

China teilte ein japanisches Ultimatum zur sofortigen Zurückziehung aller Polizeikräfte auf die vertragliche Distanz von der japanischen Konzession in Tientsin mit. Andernfalls werde Japan mit Gewalt vorgehen. Die chinesische Regierung ersucht den Völkerbund dringend um die Bestellung von Offizieren anderer Mächte in Tientsin als neutrale Beobachter.

SPD. New York, 14.Nov.(Eig.Drahtb.)

In Toronto wurden 8 kanadische Kommunistenführer unter dem Verdacht umstürzlerischer Absichten verhaftet und zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt. Die Kommunistische Partei in der Provinz Ontario wurde für illegal erklärt. Ihr Vermögen wurde beschlagnahmt. Die Justizbehörden planen die Verhaftung und Strafverfolgung sämtlicher 5 000 Parteimitglieder. Die Kommunistische Partei will gegen den Auflösungserlass die Entscheidung der höchsten Gerichtsinstanzen anrufen.

SPD. Graz, 14.Nov. (Eig.Drahtb.)

In der Sonnabend=Sitzung des Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie erstattete Dr. Bauer das Referat über die wirtschaftliche und politische Lage. Bauer legte eine Entschliessung vor, in der im Namen der Opfer der Krise die ungeschmälerte Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung gefordert wird. Dann heisst es in der Entschließung, dass die Wirtschaftskrise nicht anders überwunden werden kann, als durch den Uebergang vom Privatkapitalismus zum Staatskapitalismus. Der Faschismus sei nichts anderes als der Versuch der Kapitalisten und Aristokraten, den Groll der durch die Krise des Kapitalismus verelendeten Massen vom Kapitalismus abzulenken. Der Parteitag fordert daher die Arbeiterklasse auf, jeden neuen Versuch des Faschismus, die Demokratie gewaltsam zu verhindern, die Gewalt der Arbeiterklasse entgegenzusetzen, um mit den faschistischen Landsknechten ihrer kapitalistischen und aristokratischen Dienstherren fertig zu werden.

Am Schluß der Sonnabend=Sitzung wurde der Parteivorstand im wesentlichen in der alten Zusammensetzung wiedergewählt.

SPD. Genf, 14.Nov. (Eig.Drahtb.)

Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat als Finanzkommissar für Oesterreich den früheren Mitarbeiter des Völkerbundskommissars in Wien Dr. Rost von Tonningen und als Finanzkommissar für Ungarn den früheren Vizekommissar des Völkerbundes in Budapest Royall Tyler ernannt.

SPD. Am Sonnabend Nachmittag wurde die Leiche des Präsidenten des Preußischen Landtages Friedrich Bartels aus der Dienstwohnung in die Wandelhalle des Landtagsgebäudes übergeführt. Der Sarg wurde hier in einer der grossen Zugangstüren zum Plenarsitzungssaal unter einer Fülle von Kränzen und Blumen aufgebahrt. Die Wandelhalle selbst trägt schlichten Trauerschmuck.

SPD. Essen, 14.Nov. (Eig.Drahtb.)

Der Essener Landgerichtsrat Wilhelmi, der Vorsitzende einer Strafkammer, erhielt durch die Post eine zu einer "Höllenmaschine" umgebaute Zigarrenkiste zugestellt. Als "Beipack" enthielt die Sendung einen aus Zeitungsbuchstaben zusammengesetzten Brief, in dem der Absender die Höllenmaschine als Entgelt für die von Wilhelmi gefällten "Bluturteile" bezeichnete. Es heisst in dem Brief weiter, dass auch noch andere Essener Richter auf diese Weise aus dem Weg geräumt werden würden. Allerdings hat die Wilhelmi'sche Höllenmaschine nicht funktioniert. Vielleicht handelt es sich gar nur um einen dummen "Scherz".

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag=Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850).

Aus aller Welt

Hexenprozess 1931.

Der Scheiterhaufen im Bayerndorf - Die Bäuerin, die "den Teufel melken" kann - Geheimsitzung mit Sympathiebüchern . . .

SPD. Vom Gericht in Pfaffenhofen (Bayern) wurden drei Personen, die eine Dorfeinwohnerin der Hexerei beschuldigt hatten, wegen Beleidigung und übler Nachrede zu Haftstrafen verurteilt. Das Gericht veranlasste die bedingte Begnadigung.

Der Richter hatte über folgenden Fall zu entscheiden: In einem Dorfe, nahe Pfaffenhofen, hauste ein kleiner Landwirt auf seiner armseligen Klitsche. Da Kräfte in der Hauswirtschaft gebraucht wurden und die Mutter schon ziemlich hohen Alters war, heiratete der Bauer eine junge Frau aus der Umgebung. Mit ihrem Einzug in den Haushalt schien es in der Bauernwirtschaft vorwärts zu gehen. Die junge Frau verstand nicht nur die Haus-, sondern auch die Vieh- und Feldwirtschaft. Die Erfolge des Bauern erregten den Neid der Nachbarn und vor allem des Dorfwirts, der als Pascha die armen Bauern tyrannisierte und ausnützte. Er war Bankier und politischer Herrscher des Dorfes zugleich.

Ein unbedachter Ausspruch der Mutter des Kleinbauern wurde seinem Hofe zum Verhängnis. Mit besonderem Geschick wusste die junge Frau die Butterherstellung zu betreiben, die wichtigste Erwerbsquelle der Landwirtschaft dieser Gegend. Aus Freude darüber rief ihr die Schwiegermutter einmal im Hofe zu: "Du bist a richtigs Butterhexl!". Der harmlose Freudenausbruch einer alten Bäuerin brachte den Stein ins Rollen. Die vom Dorfwirt beeinflussten, missgünstigen Nachbarn griffen das Wort "Butterhexl" auf, und im Raunen und Flüstern, im Tuscheln und Zischen der Wirtshaus- und Gesindestuben, in der Bigotterie dörflichen Klatsches wurde aus der harmlosen Bezeichnung eine wirkliche "Hexe". Das Martyrium der jungen Frau begann - -.

Im ganzen Dorf wurden von jener Stunde an der junge Bauer und seine Haushaltung gemieden. In dunkler Nacht schrieb einer mit Kreide an die Tür: "Hier wohnt die Hexe G!" Der Klatsch wucherte, Aberglauben blühte, und bald wurde jedes Misslingen in den einzelnen Bauernwirtschaften, jeder Misserfolg im Dorfe dem Wirken der "Hexe" zugeschrieben. Die Nachbarin liess sich vom Botenfuhrmann besondere "Sympathiebücher" aus der Stadt besorgen. Wöchentlich einmal wurde in einer der Bauernstuben, unter Assistenz aller Klatschbasen beider Geschlechter aus dem Dorfe, die Besprechung und Beschwörung der Hexe vorgenommen. Ja, einmal verstieg sich die Nachbarin des Bauernhofes soweit, dass sie am frühen Morgen einen Melkeimer mit Stricken an der Hauswand befestigte, und unter dem Raunen eines Sympathiespruchs: "Stripp, strapp, strill, kann melken wie ich will..." ahmte sie an den Stricken die Melkbewegung nach. Als der Bauer, empört über solche Provokationen, sich gegen die Nachbarin wandte, erklärte sie ihm: "Deine Hexe kann ja selbst den Teufel melken."

Missgunst, Neid und Aberglaube der Dorfeinwohner, gepaart mit der Hetze des Dorfwirtes, aus dessen finanzieller Abhängigkeit sich der Landwirt mehr und mehr befreien konnte, führten zu immer grösseren Aktionen gegen die unschuldige und harmlose Bauernfrau. Einmal war ihre Wanne leck, sie borgte sich deshalb vom Gutsnachbarn eine andere aus. Als das die übrigen Dorfeinwohner erfuhren, zogen sie demonstrativ vor den Bauernhof und forderten die Herausgabe der geborgten Wanne mit dem Hinweis, dass jeder Gegenstand, den die Hexe von

einem andern besitze, ihr Macht über die betreffende Person beschaffe. Als der Bauer, empört darüber, das Ansinnen zurückwies, deutete man auf das Sympathiebuch, das mitgeführt wurde. Dort stand der Unsinn schwarz auf weiss gedruckt.

Die dauernden Widerstände und Hindernisse, die dem jungen Bauernpaar durch das Gebaren der übrigen Einwohner in den Weg gelegt wurden, mussten mit der Zeit auch die robusteste Figur zermürben. zumal der Bauer und seine Frau dieser Sturheit völlig hilflos gegenüberstanden.

Da geschah es eines Tages, nachdem der Bauer seine letzte Schuldsumme aufgekündigt und zurückgezahlt hatte, dass sich wiederum die anderen Bauern und Bäuerinnen zusammenrotteten und durch das Dorf demonstrierten. Schilder wurden vorangetragen mit der Aufschrift: "Hinweg mit der Hexe G." Und nach einer kurzen Versammlung auf dem Dorfplatze spendete der Dorfwirt einen Klafter Holz zu einem Scheiterhaufen für die Hexenverbrennung. Abergläubischer Fanatismus, ländliche Sturheit und bäurischer Stumpfsinn hatten eine Atmosphäre im Dorfe geschaffen, die für den jungen Bauern und seine Frau unheilkündend war. In seiner Not fand er keinen anderen Ausweg, als den Amtmann in Pfaffenhofen anzurufen und um Hilfe nachzusuchen. Das half zunächst.

Als die Nachricht von einer gerichtlichen Untersuchung wegen der Hexenverfolgung im Dorfe eintraf, liess man die "Hexe" in Ruh und kümmerte sich zunächst kaum um Erfolg oder Misswirtschaft dieses Bauernhofes. Bei den Vernehmungen leugneten alle Beteiligten, je an Hexen geglaubt oder üble Nachrede geführt zu haben. Sogar der Dorfwirt bestritt, dass er an den wilden und gefährlichen Gerüchten gegen den Bauern und seine Frau schuld sei, obschon ihm nachgewiesen werden konnte, dass er tatsächlich einen Klafter Holz für den Scheiterhaufen zur Hexenverbrennung gestiftet habe.

In der Gerichtsverhandlung, die sich den Vernehmungen anschloss, wussten alle nichts mehr von einer Hexe. Trotzdem fühlten der Bauer und seine Frau sich unter dem Klatschterror des Dorfes noch immer gedrückt, und ihre eingefallenen Gesichter bewiesen, welchen Schaden wahnwitziger Aberglaube unter Menschen anzurichten vermag. Trotz der schlimmen Wirkungen der Hetze gegen das Butterhexl fanden die Anstifter milde Richter. Nur ganz geringe Haftstrafen, mit sofort ausgesprochener bedingter Begnadigung trugen die drei Hauptschuldigen - der Dorfwirt, die böse Nachbarin und ein fanatischer Bauer - davon. Es ist schon heute abzusehen, dass bei dieser milden Justiz gegen den Wahnwitz des Aberglaubens sich das Gerücht vom Wirken der Hexe bald neu erheben wird.

Wie die Chroniken berichten, verbrannte man die letzte Hexe 1782 zu Glarus in der Schweiz. Es blieb dem Zeitalter der Technik und Rationalisierung, höchster bürgerlicher Kultur vorbehalten, einhundertfünfzig Jahre später einen Hexenprozess neu aufleben zu lassen. Und das geschah, 1931, zu Pfaffenhofen in Bayern.

\+ + +

Professoren untereinander.

Calmette-Sachverständiger gegen die "Spucknapffanatiker".

SPD. Lübeck, 14.Nov. (Eig.Drahtb.)

In der Sonnabend-Verhandlung des Lübecker Calmette-Prozess wurde die Frage erörtert, ob die Tuberkulose des Kindes Schulz, das schon vor der allgemeinen Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck mit BCG geimpft worden ist, durch die Impfung herbeigeführt wurde, oder ob die Infektion auf andere Weise erfolgte. Bei dieser Gelegenheit ritt Professor Much eine scharfe Attakke gegen die "Spucknapffanatiker". Unter Spucknapffanatiker versteht Professor Much die Anhänger der sogenannten Tröpfcheninfektion, d.h. diejenigen Mediziner, die der Infektion durch eingeatmete Hustentröpfchen irgend eine Bedeutung beimessen. Als Professor Bruno Lange diesen Ausführungen entgegentrat, erwiderte Professor Much: "Wer ist wohl moderner als ich? Aber wirklich

modern ist immer nur das Genie, und das Genie..." - unter allgemeiner Spannung fuhr Much fort: "und das Genie war Behring". Professor Bruno Lange fügte hinzu: "Und Sie?" Bescheiden gab Professor Much zur Antwort: "Und ich auch".

Ferner bat im Namen sämtlicher Vertreter der Nebenkläger Rechtsanwalt Dr.Wittern den Vorsitzenden um eine andere Einteilung der Prozessmaterie.Das an sich mit Sorgfalt und Umsicht ausgearbeitete Programm des Vorsitzenden,der stets nur die Erörterungen für einen gewissen Zeitabschnitt zulassen,scheine die Wahrheitsfindung zu erschweren. Dr. Wittern bat zu prüfen,ob es nicht zweckmässiger sei,dass beispielsweise bei Erörterung der einzelnen Krankheits- oder Todesfälle jeder einzelne Fall von Anfang bis zu Ende geschlossen durchgeführt werde und dass hierbei in möglichst ununterbrochenem Zusammenhang sämtliche in Frage kommenden Zeugen und Sachverständigen zu Worte kommen.

Es wurde über diese Anregung ausführlich diskutiert; der Vorsitzende selbst gab zunächst keine bindende Erklärung ab.

\+ + +

Der beschlagnahmte Beinstumpf. Ein Chemiker aus Prag hat vor einem dortigen Zivilgericht eine Versicherungsgesellschaft auf Auszahlung einer Versicherungssumme von 2,5 Millionen Tschechen-Kronen verklagt. Der Chemiker hatte sich bei einem Berufsunfall eine schwere Beinverletzung zugezogen,die sich trotz sofortiger Krankenhausbehandlung von Tag zu Tag so sehr verschlimmerte, dass schliesslich das Bein amputiert werden musste. Die Versicherungsgesellschaft verweigert aber die Auszahlung der an sich fälligen Versicherungssumme von 2,5 Millionen,da ihr der Umstand verdächtig erscheint,dass der klagende Chemiker schon früher einmal auf Grund eines Unfalls 600 ooo Kronen erhalten hat. Die beklagte Versicherungsgesellschaft vermutet,dass der Chemiker durch Einführung von Chemikalien die Heilung der Wunde verhindert und die Amputation dadurch erst notwendig gemacht habe. Auf alle Fälle liess die Gesellschaft den Beinstumpf sofort nach der Operation beschlagnahmen und dem Anatomischen Institut der Prager Universität vorlegen. Die Sachverständigen dieses Instituts untersuchen jetzt den Beinstumpf auf die Existenz von chemischen Fremdkörpern.

\+ + +

Verfahren gegen Bankiers. Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt/Main hat gegen die beiden Inhaber der Frankfurter Bankfirma Paul Schlesinger,Trier & Co. das Verfahren wegen Untreue, Bilanzfälschung und Depotunterschlagung eingeleitet.

\+ + +

Begnadigter Mörder. Das preussische Staatsministerum hat den im Februar ds.Js. wegen Ermordung des Berliner Uhrmachers Ulbrich zum Tode verurteilten Arbeitslosen Richard Stolpe zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Die Revision war vom Reichsgericht verworfen worden.

\+ + +

Hegel-Feiern in Berlin. Die Berliner Friedrich Wilhelm-Universität beging den 100.Todestag des Philosophen Georg W.F. Hegel durch einen Festakt, an dem zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden teilnahmen. Die Professoren Spranger, Kaufmann und Seeberg bemühten sich,von verschiedenen Standpunkten aus das Weltbild des Gelehrten,der im Jahre 1818 an der Berliner Universität die Nachfolge Fichtes angetreten hatte, nachzuzeichnen und in seiner Bedeutung für die Gegenwart zu würdigen. In der "Freien Sozialistischen Hochschule" behandelte Professor Dr. Siegfried Marck-Breslau das Thema "Hegel und der wissenschaftliche Sozialismus".

Wirtschaft Technik Handel

Wissenschaft klagt an.

Lehrreiches über Kartelle, Bankrott, Inflation und wer die Zeche bezahlen soll.

SPD. Ueber das Versagen der kapitalistischen Wirtschaft, ihre Fäulnis, ihre Fehlinvestitionen und Ueberspekulationen täuscht die kapitalistische Propaganda mit der Lüge hinweg, dass der Marxismus, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften an der ganzen Krisenmisere schuld seien. Man hat so die Tatsachen verdunkelt und benutzt die Verdunkelung, um Forderungen an den Staat zu stellen, die nicht im Interesse der Wirtschaft liegen, wohl aber im Interesse der kapitalistischen Klasse. Es ist gut, wenn sich die unabhängige Wissenschaft einmal mit dieser Art Geschichtsfälschung und Brunnenvergiftung beschäftigt, wie das Professor Bonn im "Deutschen Volkswirt" tut. Wir hoffen, dass so das Material der Regierung für ihr angekündigtes Wirtschaftsprogramm, das sie im Wirtschaftsbeirat gesammelt hat, zweckmässig ergänzt wird.

Kollektivbankrott.

Bonn weist darauf hin, dass sich seit einiger Zeit ein "besonders gefährlicher Kollektivismus" bemerkbar mache, die "Regelung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs". Der Bankrott, so stellt Bonn fest, sei ein Regulator des ökonomischen Gleichgewichts. "Er erfolgt nicht nur, wenn der einzelne Unternehmer untüchtig ist; er tritt insbesondere in Krisenzeiten dort auf, wo sich ein Missverhältnis der verschiedenen Zweige der Produktion entwickelt hat. Je grösser die Anlagekapitalien eines Wirtschaftszweiges sind, desto konjunkturempfindlicher ist er, desto unvermeidlicher ist aber auch das Risiko zur Ueberwindung der Krise. Denn solche Unternehmungen können nur wirtschaftlich produzieren, wenn sie in vollem Umfang tätig sind. Jeder Rückgang des Absatzes (und er tritt nach jeder Lohnsenkung ein. Red.) um ein paar Prozent erhöht die Kosten der verbleibenden Produkte sprunghaft und erschwert dadurch die nötige Preisherabsetzung, die Vorbedingung zur Ueberwindung der Krise. Die Kartelle, die gerade in solchen Industrien besonders stark zu sein pflegen, sind deshalb die grössten Hindernisse der Gesundung. Die kartellmässigen Bindungen, die jedem beteiligten Werk nur die Ausbringung einer Quote gestatten, erhöhen die Produktionskosten und damit die Preise aller."

Ein bisschen Inflation.

Gegen die notwendige Bereinigung der kapitalistischen Wirtschaft stemmt sich das Unternehmertum mit aller Macht. Man will lieber die ganze Wirtschaft durch eine neue Inflation an den Rand des Ruins bringen, als selbst Opfer zu bringen. Bonn sagt in seinem Aufsatz: "Für viele Leute ist gewiss das letzte Motiv zur Erweiterung des Geldumlaufs und des Kredits die Hoffnung auf erhöhten Absatz und auf steigende Beschäftigung. Sehr einflussreiche Kreise aber werden dem Prinzip der Geldverschlechterung durch den Gedanken gewonnen, dass sinkende Kaufkraft des Geldes den Schuldner entlaste und die Gläubiger beeinträchtige." Nun meint Bonn, dass das Wort Inflation in Deutschland eine solche Panik auslösen würde, dass auch die "gewalttätigsten Wirtschaftsführer" schliesslich davor "zurückschrecken" werden. Deshalb wende man sich einer anderen Form des kollektiven Bankrotts zu: "Man verlangt eine allgemeine gesetzliche Herabsetzung der Schuldzinsen. Die Höhe der Schuldzinsen, so folgert man, mache die Produktion unrentabel. Der Gläubiger habe kein Recht auf den Bezug von

Zinsen, wenn der Schuldner sie nicht mehr erwirtschaften könne. Man sucht so dem Gläubiger die Folgen der unwirtschaftlichen Handlungen des Schuldners aufzubürden, der in der Tat in vielen Fällen sträflich gehandelt hat, als er zu hohem Zinsfuss Darlehen aufgenommen hat. Für diese Fehldispositionen sollte nach kapitalistischer Uebung der einzelne Industrielle oder landwirtschaftliche Unternehmer büssen müssen, indem sein Unternehmen zum Erliegen kommt und er mit all seinen Ansprüchen ausgeschaltet wird, ehe eine Neuorganisation beginnt. Diesen individuellen Bankrott, der die Lage bereinigt, sucht man durch verhüllten Kollektivbankrott zu vermeiden. Ein solcher Kollektivbankrott ist natürlich viel angenehmer als der Individualbankrott, weil für diesen durch Gesetz befohlene Massenvorgang der Einzelne nicht verantwortlich erscheint und man überdies den Betrieb der überflüssigen Unternehmungen, die der Individualbankrott beseitigen würde, zeitweilig fortsetzen kann. Man will also weder die Fehler zugeben, die man begangen hat - daher macht man so gern die nicht vorhandene Goldknappheit für die Krise verantwortlich -, noch will man zugeben, dass die verbauten Kapitalien verloren sind. Man entwickelt von neuem eine Staatsraison der Unternehmung, aufgrund derer die Rechte der Gläubiger hinter den Interessen der Gesamtheit - lies Schuldner - zurücktreten müssen."

Der Nutzniesser und der Leidtragende.

So ungeheuerlich es erscheint, es handelt sich bei dieser Inflationspsychose um die Besitzerhaltung von Einzelnen zu Lasten der Arbeitenden." Trotz erschütternder Misserfolge, so stellt Bonn fest, "herrscht in Deutschland immer noch der Glaube, dass die Werkleitung, vielfach die Generaldirektion, mit dem Unternehmen gleichbedeutend sei und dass dieser Identität gegenüber alle anderen Interessen nicht von Bedeutung seien. Es hat sich eine Art Staatsraison der Werksverherrlichung entwickelt, die allenfalls begreiflich wäre, wenn grosse wirtschaftliche Erfolge vorlägen; in einem Zeitpunkt, wo das ganze Unternehmen oft nur das äussere Zeichen verfehlter Kapitaldisposition darstellt, berührt ein solcher Anspruch sehr eigenartig. Er wird in den verschiedensten Formen immer wieder vorgebracht, insbesondere wenn es ans Schuldenzahlen geht."

Nun die andere Seite, wenn der Herr Generaldirektor vor dem selbst verschuldeten Bankrott bewahrt wird. Bei Bonn heisst es: "Der Grundgedanke dieser neuen Inflation geht ja gerade in industriellen Kreisen von der Voraussetzung aus, man könne die Geldlöhne unberührt lassen; wenn die Kaufkraft des Geldes entsprechend sinkt, werde der Anteil der Arbeiter am Sozialprodukt, ohne dass sie es merken, entsprechend gekürzt und der der Unternehmer entsprechend erhöht." Zu gut deutsch, die Arbeiterschaft aller Grade bezahlt die Zeche.

Das ist nichts Neues, was der Professor sagt. Aber wir halten es für notwendig, es immer wieder zu unterstreichen. Allerdings werden Stahlhelmleute und Hitlerjünglinge davon nichts in ihren Werkszeitungen finden.

SPD. Nach den Aufstellungen des Statistischen Reichsamtes ist der konjunkturelle Rückgang des Welthandels, der seit Ende 1929 einsetzte, im zweiten Vierteljahr 1931 zum ersten Male unterbrochen worden. Der Aussenhandelsumsatz von 48 Ländern, die etwa sieben Achtel des gesamten Welthandels umfasst - er wird für das zweite Vierteljahr 1931 mit 38,1 Milliarden Mark angegeben, wovon 20,6 Milliarden Mark Einfuhr und 17,5 Milliarden Mark Ausfuhr sind - hat sich vom ersten zum zweiten Vierteljahr wertmässig um 3,8 Prozent vermindert. Die Abnahme beruht überwiegend auf Preisrückgängen. Die Mengenumsätze haben nicht abgenommen, obgleich um diese Jahreszeit stets ein Rückgang einzutreten pflegt (im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1928 etwa 5 Prozent). Ueber die Entwicklung im ersten Halbjahr 1931 unterrichtet folgende Zusammenstellung:

	1928	1929	1930	1931
	(Umsatz von 48 Ländern)			
In Milliarden Mark	121,2	126,3	108,1	77,8
Wertmässiger Umsatz, 1928 = 100 gesetzt	100	104,2	89,2	64,2
Mengenmässiger Umsatz, 1928 = 100 gesetzt	100	104,4	98,3	85,4

Eine Vergleichung ergibt, dass der Welthandel im ersten Halbjahr 1931 mengenmässig etwa auf den Stand des Halbjahresdurchschnitts 1925 lag. Damit dürfte er immer noch 5 Prozent über dem Halbjahrsdurchschnitt 1913 gelegen haben.

Der Anteil Europas am Welthandel hat sich weiter erhöht, womit sich eine schon seit längerem zu beobachtende Tendenz stärker ausprägt.

Von dem Rückgang sind die europäischen Staaten verschieden betroffen worden, was ja auch zu handelspolitischen Auseinandersetzungen geführt hat. Deutschland schneidet günstiger ab, weil sein Einfuhrrückgang weit grösser ist als der Ausfuhrrückgang. Die deutsche Wareneinfuhr ging im ersten Halbjahr 1931 gegenüber dem ersten Halbjahr 1930 um 33,3 Prozent zurück. Bei Grossbritannien ist ein Rückgang von 22,1 Prozent, bei Frankreich von 13,3, bei Belgien-Luxemburg von 24,5, bei Holland von 22,3 und bei Dänemark von 17,1 Prozent festzustellen. Stark ist auch der Rückgang der Tschechoslowakei (31,8). Der Rückgang in Italien reicht mit 30,4 fast an den der Tschechoslowakei und Deutschlands. Bei Polen (mit Danzig) ist ein Rückgang von 29,6 festzustellen. Russland, das ja stärksten Warenbedarf hat und Anleihen in Form von Waren aufnimmt, bucht einen Rückgang von 6,6 Prozent.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika macht der Importrückgang in der angegebenen Zeit 36,2 Prozent aus, dem ein Exportrückgang fast in gleicher Höhe (36,5 Prozent) gegenüber steht.

Bei den europäischen Staaten sind vom Exportrückgang besonders die südosteuropäischen Agrarstaaten wie Ungarn (42,8%), Jugoslawien (31,1%), und Rumänien (31,4%) betroffen worden. Der Rückgang Deutschlands stellt sich auf 23,2, der Grossbritanniens auf 34,5, der Frankreichs auf 28,1, Hollands auf 22,8, der der Tschechoslowakei auf 22,2 und der Italiens auf 21,5 Prozent. Bei Russland hat sich der Export um rund 22,8 Prozent vermindert. Die Schweiz, die über die Entwicklung ihrer Handelsbilanz in den letzten Wochen sehr viel Lärm machte, hat einen Importrückgang von 12,2 zu buchen, dagegen einen Exportrückgang von 23,1 Prozent.

Der einzige Staat in Europa, der seine Ausfuhr im ersten Halbjahr 1931 gegenüber derselben Zeit des Vorjahres erhöhen konnte, ist Bulgarien. Hier liegt eine Exportsteigerung um 3 Prozent vor. Die Importerhöhung (Bulgarien ist auch der einzige Staat, der eine solche aufweisen kann) beträgt 7,1 Prozent.

SPD. Laut Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten hat sich das Inlands- und auch das Auslandsgeschäft im Monat Oktober weiter verringert. Beim Russengeschäft verursachten die Schwierigkeiten, das Bankenkonsortium für die Finanzierung der Lieferungen zustande zu bringen, Stockungen. Hemmungen waren auch im Geschäft des Hamburger Exporthandels durch die immer noch nicht erfolgte Einführung des Devosenterminhandels entstanden. Die damit fehlende Möglichkeit, das Risiko von Geschäften in ausländischer Währung abzudecken, hat nachweislich die Durchführung mehrerer grösserer Geschäfte nach dem Ausland unmöglich gemacht.

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit sank auf rund 40 Stunden.

SPD. In "Wirtschaft und Statistik" sind jetzt die Abschlüsse der Aktiengesellschaften im ersten Vierteljahr 1931 veröffentlicht worden. Von den etwa 10 850 deutschen Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 24,2 Milliarden Mark werden rund 103 erfasst, die ein Kapital von 1,5 Milliarden Mark haben. Dazu gehören aber einige grosse Konzerne in Rheinland und Westfalen, die natürlich das Bild ganz erheblich beeinflussen. Bei den 103 erfassten Gesellschaften gab es einen Gewinn von rund 86 Millionen Mark, dem ein Verlust von 33,2 Millionen Mark gegenüber steht (im vorigen Jahr 121,8 Millionen Mark Gewinn und 7,9 Millionen Mark Verlust). Es errechnet sich eine Durchschnittsdividende von 5,55 Prozent gegenüber 7,64 Prozent im Vorjahr. Für die Ausschüttung der Dividende wurden 81,8 Millionen Mark verwandt, im Vorjahr 108,6 Millionen Mark. Die Anlagen haben sich noch erhöht. Bei den kurzfristigen Schulden ist eine geringe Verminderung eingetreten.

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen im ordentlichen Etat für den Monat September mit 512 Millionen Mark an, denen Ausgaben in Höhe von 568,8 Millionen Mark gegenüber stehen. Es ergibt sich damit ein Defizit für den Monat September von 56,8 Millionen Mark. Im ausserordentlichen Etat ergeben sich Einnahmen in Höhe von 0,3 Millionen Mark und Ausgaben in Höhe von 9,5 Millionen Mark.

Bei 4 238,9 Millionen Mark Einnahmen im laufenden Steuerjahr, Zeit von April bis September 1931, und 4 118,7 Millionen Mark Ausgaben ergibt sich rechnerisch ein Ueberschuss von 120,2 Millionen Mark, im ausserordentlichen Etat bei 24,5 Millionen Mark Einnahmen und bei 68,3 Millionen Mark Ausgaben ein Defizit von 43,8 Millionen Mark.

SPD. Die Schielesche Getreidepolitik wirkt sich weiter aus. Nach der Aufstellung des Preussischen Statistischen Landesamtes für 51 preussische Städte verteuerte sich das Roggenbrot und zwar für die erste Sorte von 37,3 im September 1931 auf 37,7 im Oktober 1931 und für die zweite Sorte von 37,5 auf 37,8. Beim Roggenmehl ist eine Steigerung von 38,1 auf 38,8, immer für ein Kilogramm, festzustellen.

Der Brotpreis hat sich im Monatsdurchschnitt Oktober in 19 Städten erhöht und nur in 4 Städten gesenkt.

Während die meisten Nahrungsmittel im Preise sanken, erhöhten sich die Zuckerpreise gegenüber dem Herbst vorigen Jahres um nicht weniger als 22 Prozent. Der Brotpreis hat sich gegenüber dem Herbst vorigen Jahres um 1,1 Prozent erhöht.

SPD. Die Hausse auf den Weltmärkten, die u.a. auch die Baumwollmärkte erfasste, hat sich günstig auf die Baumwollindustrie ausgewirkt, die an sich schon eine Art Sonderkonjunktur hatte. Nach den Berichten aus den Baumwollzentren laufen die Aufträge, wenn es sich auch um kleinere Posten handelt, zahlreicher ein. Das hat den Westdeutschen Baumwollverband, der ostindische Baumwolle verarbeitet, veranlasst, die seit Februar bestehende Betriebseinschränkung aufzuheben. Die Betriebseinschränkung machte ursprünglich rund 50 Prozent aus. Sie wurde mit der Zeit gelockert und fällt jetzt ganz weg. Beibehalten wird aber die Regelung der Verkaufspreise.

Angebot knapp.

(Berliner Getreidebörse vom 14. November)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Sonnabend wieder eine bessere Stimmung, die vor allem dem Roggen zugute kam. Am Markte der Zeitgeschäfte wurden für Roggen Preiserhöhungen von 2 bis 3 Mark erzielt. Auch im Handel mit effektiver Ware konnten die Notierungen um eine Mark anziehen, da das Angebot sehr knapp war und das wenige Material, was herauskam, von den Mühlen glatt aufgenommen wurde. Weizen konnte sich nur im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft etwas befestigen. Am Promptmarkt blieben die Notierungen unverändert, obwohl auch hier das Angebot nicht grösser geworden ist. Das Mehlgeschäft blieb weiter schleppend; für beide Sorten wurden von den Mühlen unveränderte Preise gefordert. Hafer hatte stetige Tendenz bei kleinem Geschäft, Gerste war wieder abgeschwächt.

	13. November	14. November
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	222 - 225	222 - 225
Roggen	192 - 194	193 - 195
Braugerste	170 - 177	169 - 176
Futter- und Industriegerste	166 - 169	165 - 168
Hafer	145 - 149	145 - 149
Weizenmehl	28,50-32,50	28,50-32,50
Roggenmehl	26,75-29,00	26,75-29,00
Weizenkleie	10,50-11,00	10,50-11,00
Roggenkleie	10,50-11,00	10,50-11,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 237 - 238 (Vortag 236½), März 246 - 247 (246¾). Roggen Dezember 204½-205¼ (203), März 210-212 (218½). Hafer Dezember 159½-159 (158½), März 169¼ (168).

SPD. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres wurden 91 300 Wohnungen mit 325 100 Wohnräumen gebaut. (1930 = 120 200 Wohnungen mit 446 400 Wohnräumen, 1929 = 84 200 Wohnungen mit 324 200 Wohnräumen). Der Anteil der Kleinstwohnungen ist gewachsen.

Von den neu erstellten Wohnungen entfallen 0,6 Prozent auf Wohnungen mit 1 Raum, 10,1 Prozent auf Wohnungen mit 2 Räumen, 44,6 Prozent auf Wohnungen mit 3 Räumen, 33,1 Prozent auf Wohnungen mit 4 Räumen, 8,4 Prozent auf Wohnungen mit 5 Räumen, 3,5 Prozent auf Wohnungen mit 6 Räumen und 1,7 Prozent auf Wohnungen mit 7 und mehr Räumen.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 14. November. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 114, II. 104, abfallende Sorten 90 RM. Tendenz: ruhig.

Gewerkschaftliche Rundschau

Friede durch Arbeit!

Das europäische Arbeitsbeschaffungsprogramm.

SPD. Der Stein, den die Bauleute weggeworfen haben, wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, auch bei dem Bau eines neuen Europas zum Eckstein werden. Das Programm zur Durchführung öffentlicher Arbeiten, das vom Internationalen Arbeitsamt in Genf im Rahmen seiner Bestrebungen zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit aufgestellt wurde, war noch vor nicht allzu langer Zeit heftig umstritten. Inzwischen ist aus manchem Saulus ein Paulus geworden. Der bittere Hohn, mit dem auch in Deutschland das Programm von Albert Thomas, insbesondere in der industriellen Presse, aufgenommen worden war, ist einer sachlichen Würdigung gewichen. Die Ausschüsse des Völkerbundes und der Europa-Union haben sich bereits eingehend mit diesem Programm befasst. Mit besonderem Nachdruck hat sich soeben der Internationale Gewerkschaftsbund auf seiner Vorstandssitzung in Berlin für die Durchführung grosser internationaler öffentlicher Arbeiten eingesetzt, und auch der Deutsch-französische Wirtschaftsausschuss wird das Programm des IAA zu einem der Gegenstände seiner Beratungen machen.

Das Programm, das sich auf die Angaben verschiedener europäischer Regierungen stützt, die dem Direktor des Internationalen Arbeitsamts auf seinen Wunsch übermittelt wurden, sieht die Ausführung bestimmter Arbeiten vor für Deutschland, Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Estland, Spanien, Ungarn, Lettland, Litauen, Rumänien, die Tschechoslowakei und die Türkei. Die Vorschläge erstrecken sich in erster Linie auf den Wegebau, auf den Ausbau des Elektrizitätsnetzes, auf Meliorationsarbeiten, Eisenbahnlinien, Kanal- und Bewässerungsanlagen usw. Von Deutschland sind vorgeschlagen worden Wegebauten, ein Ausbau des Elektrizitätsnetzes und Meliorationsarbeiten im Gesamtbetrage von 100 Millionen Mark. Nach dem Voranschlag der deutschen Regierung dürfte das Programm 4 bis 5 Millionen Arbeitstage schaffen. Der österreichische Plan, der u.a. Kanalisationsarbeiten der Donau vorsieht, die bei einer Gesamtausgabe von 620 - 630 Millionen Schilling im Laufe von 10 Jahren 10 000 Arbeitern ständige Arbeit schaffen würde, erstreckt sich ausserdem auf den Ausbau eines internationalen Wegenetzes und eines internationalen Elektrizitätsnetzes. Unter den wichtigen Plänen der anderen Regierungen ist zu erwähnen der Plan Estlands, der den Bau einer Eisenbahnlinie zwischen Reval und der USSR vorsieht, der Plan der Tschechoslowakei, der u.a. einen Kanalbau zwischen der Elbe, der Donau und der Oder einschliesst, ferner ein polnischer Plan, der für die Dauer von 20 Jahren den Bau von 40 000 Kleinsiedlungshäusern pro Jahr vorschlägt. Eine ganze Anzahl von Regierungen erwähnte in ihren Plänen die Errichtung eines europäischen Wegenetzes, sowie andere Arbeiten grösseren internationalen Ausmasses. Nach dem Voranschlag des Internationalen Arbeitsamtes dürften die Programme der Regierungen insgesamt 550 Millionen neue Arbeitstage schaffen. Dabei sind nur die durch die direkte Ausführung des Programms erforderten Arbeitstage berechnet, nicht aber die mittelbar neu geschaffenen Arbeitstage durch Ankurbelung des Wirtschaftslebens. Die Kosten dürften sich schätzungsweise auf 5 Milliarden Goldfranken belaufen.

Der Europa-Ausschuss hat bereits im Oktober beschlossen, die Regierungen um konkrete Vorschläge zur Durchführung dieser öffentlichen Arbeiten zu be-

fragen. Diese Vorschläge sollen in Form vollständig ausgearbeiteter Pläne eingereicht werden, damit auf der Grundlage der Kenntnis aller wirtschaftlichen, technischen und finanziellen Einzelheiten endgültige Beschlüsse gefasst werden können.

Der Haupteinwand gegen das europäische Arbeitsbeschaffungsprogramm lautet immer wieder, dass es vor allem darauf ankomme, das erforderliche Geld zu beschaffen. Woher das Geld? Seine Beschaffung liegt in der Hand der Finanzmächte. Selbst wenn man das Programm auf 10 bis 15 Milliarden veranschlagt, wäre dies nur ein Bruchteil des heute brachliegenden Kapitals. Angesichts der Tatsache, dass alle Aktienwerte weit unter dem Nennwert stehen, dass die ungeheuer gesunkenen Preise heute keinen Anreiz und auch keine Möglichkeit zur Investierung dieser Kapitalien in der Privatwirtschaft bieten, bleibt die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten auch von der Geldseite her die einzige Möglichkeit zur Ueberwindung des toten Punktes.

Das Internationale Arbeitsamt erwartet von der Durchführung dieses Programms nicht die restlose Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Es sieht darin nur eines der Mittel zur Linderung, wie sie im nationalen Rahmen von fast allen Ländern in mehr oder weniger grossem Umfang schon angewandt wurden. Aber die praktische Durchführung dieses grossen Programms würde nicht nur unmittelbar durch den Einsatz von Milliarden in der Wirtschaft wirken, sondern auch mittelbar eine nicht unbeträchtliche Belebung der gesamten Wirtschaft herbeizuführen geeignet sein. Dazu käme dann noch die politische Bedeutung solcher Arbeiten. Albert Thomas sagt darüber bereits in seiner ersten Denkschrift zu dieser Frage: "Ist es übrigens nicht auffallend, dass dieser Gedanke der Ausführung grosser internationaler Arbeiten alle jene Geister beschäftigt hat, die seit einem Jahrhundert von einem geeinten Europa geträumt haben? Schon Saint-Simon spricht in seiner berühmten Denkschrift von 1815 davon, und noch kürzlich ist der amerikanische Ingenieur Dannie Heinemann darauf zurückgekommen, indem er zeigte, wie, dem Beispiel der Vereinigten Staaten entsprechend, Europa nur dann zu ausgeglichenen und gefestigten wirtschaftlichen Verhältnissen gelangen kann, wenn es seine Wege des internationalen Austausches, das Strassennetz und die Eisenbahnen, weiter ausbaut.

Ein neues Europa, ein friedliches, ein geeintes Europa - nur durch gemeinsame Arbeit wird es gebaut.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch für die westsächsische Textilindustrie, der eine Kürzung der tariflichen Löhne um 5% vorsieht, für verbindlich erklärt. -

Das Unbegreifliche - die Kürzung von Hungerlöhnen im wahrsten Sinne des Wortes - hier wird's Ereignis. Der Reichsarbeitsminister macht den Versuch, dieses Unbegreifliche doch noch begreiflich zu machen. In seiner Begründung der Verbindlichkeitserklärung erklärt er, die Lohnsenkung bedeute für die Textilarbeiter ein schweres Opfer namentlich im Hinblick auf den grossen Umfang der Kurzarbeit. Eine besondere Berücksichtigung der Kurzarbeiter bei dieser Lohnregelung sei aber nicht möglich gewesen, da sonst eine Mehrbelastung der kurzarbeitenden Betriebe eintreten müsse, die zu einer Entlassung der Kurzarbeiter und dadurch zu einer unerträglichen Steigerung der Arbeitslosigkeit und der daraus erwachsenden Lasten führe. Soweit die lohnpolitische Einstellung des Ministeriums im allgemeinen in Frage komme, wolle man den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats nicht vorgreifen. Es sei aber damit zu rechnen, dass nach Abschluss dieser Verhandlungen, also voraussichtlich in der übernächsten Woche, die einheitliche Linie der Lohnpolitik wieder klar herausgestellt werden könne.

Diese Begründung ist keine Begründung, sondern nur ein grässliches Verlegenheitsgerede. Für diese Verbindlichkeitserklärung gibt es eben keine auch

nur halbwegs plausiblen Argumente, sondern nur eine einzige einfache Erklärung, Sie lautet: der Lohnabbau geht weiter. Er geht weiter trotz Hunger und wider alle Vernunft.

Die Gewerkschaften können bei den Verhandlungen bergehoch Beweismaterial gegen den Lohnabbau ins Treffen führen - die Schlichter fällen trotzdem neue Lohnabbauschiedssprüche und der Reichsarbeitsminister erklärt sie für verbindlich. Die Schlichter mögen, wie nicht nur aus ihrem Alarmruf im Lohnkonflikt der Berliner Metallindustrie, sondern auch bei anderen Lohnverhandlungen der jüngsten Zeit zu erkennen war, noch si sehr davon überzeugt sein, dass die Gewerkschaften mit ihren Argumenten durchaus im Recht sind - der Lohn wird trotzdem abgebaut. Den Schlichtern geht es wie Pilatus: Sie waschen ihre Hände in Unschuld und verurteilen den Arbeiter zum Hungertod.

Namhafte Vertreter der Ministerien waren dieser Tage bei den Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat aufs höchste überrascht, als sie von den erschütternden Auswirkungen des Lohnabbaus und der Kurzarbeit in der Textilindustrie Kenntnis erhielten. Sie waren entsetzt vor dem Elend, das hinter den fürchterlichen Lohnabbau- und Kurzarbeitziffern steht. Aber auch ihr Entsetzen kann der Lohnabbau-Guillotine nicht Einhalt gebieten. Der Schrei der getretenen Kreatur muss überhört werden, weil eben weiter abgebaut werden soll.

Der Reichsarbeitsminister kündigt eine neue einheitliche Linie in der Lohnpolitik an. Worin soll diese einheitliche Linie bestehen, wenn er jetzt dem Wirtschaftsbeirat vorgreift und den Lohnabbau ohne Erbarmen fortführt? Doch nur in neuem Lohnabbau. Wir waren skeptisch, als der Schlichter für den Lohnkonflikt in der Berliner Metallindustrie seine Warnung vor der Fortsetzung des Lohnabbaus in die Oeffentlichkeit warf. Angesichts dieses Schiedsspruchs für die westsächsische Textilindustrie wird man noch skeptischer. Wir wissen zur Genüge, dass die Unternehmer in fast allen Schlichtungsverhandlungen der letzten Zeit ganz offen erklärt haben, sie seien mit 4 oder 5 oder 6% längst nicht zufrieden, sie betrachteten das nur als eine Abschlagszahlung und sie kämen in Kürze wieder. Soll also im Januar das grausame Spiel von neuem beginnen?

Nationalsozialisten und Kommunisten können sich beglückwünschen. Ihr Weizen blüht. Die Regierung sorgt dafür.

SPD. Zu dem Lohnabbau für die westsächsische Textilindustrie bemerkt "Der Deutsche", die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften:

"Es ist möglich, dass das Ministerium die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches nicht mehr gut umgehen konnte. Aber dass fortwährend Schiedssprüche gefällt werden, die noch Löhne kürzen, die schon als Elendslöhne bezeichnet werden müssen, das ist nicht mehr zu rechtfertigen. Wenn das Ministerium glaubt, es könne den gegenwärtigen Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates nicht vorgreifen und deshalb erst später eine einheitliche Linie der Lohnpolitik herausarbeiten, so können wir einer solchen Logik nicht gut folgen. Die "einheitliche lohnpolitische Linie" ist jetzt schon allzu deutlich sichtbar; sie läuft steil abwärts, ja sie steigt geradezu abwärts."

SPD. Bei Nachverhandlungen zum Schiedsspruch für die Aachener Metallindustrie einigten sich die Parteien vor dem Schlichter für das Rheinland dahin, dass die Stundenlöhne ab 14. November um 6½ % gesenkt werden. Das Abkommen gilt bis 31. Januar 1932.

SPD. Zahlreiche Unternehmer im schlesischen Transport- und Verkehrsgewerbe kündigen gegenwärtig - vermutlich auf Anweisung des Arbeitgeberverbandes - ihren Arbeitern das Arbeitsverhältnis, ohne den Ablauf der Erklärungsfrist zu dem kürzlich gefällten Schiedsspruch abzuwarten, der eine Lohnkürzung von 5 Prozent vorsieht. Zweifellos steckt hinter diesem Treiben die Absicht, den Arbeitern einen noch stärkeren Lohnabbau aufzuzwingen. Angesichts der Erbitterung unter den Arbeitern ist es nicht ausgeschlossen, dass im gesamten schlesischen Transport- und Verkehrsgewerbe eine Arbeitsniederlegung erfolgt.

SPD. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat den Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie abgelehnt. Die Gewerkschaften haben den Spruch angenommen und Verbindlichkeitserklärung beantragt. Die Nachverhandlungen über den durch die grundsätzliche Stellungnahme des Schlichters zur Lohnfrage bedeutsamen Schiedsspruch finden am Dienstag statt.

SPD. Die dem Verband der Metallindustriellen Kassels angeschlossenen Firmen haben sämtlichen Arbeitern zum 28. November gekündigt. Der Kasseler Schlichtungsausschuss hatte einen Spruch gefällt, wonach die Akkordlöhne um 5 Prozent und die Akkordbasis von 15 auf 12 Prozent herabgesetzt werden, während die Tariflöhne bestehen bleiben sollen. Die Arbeitgeber hatten eine Senkung der Löhne und Akkordpreise um 20 Prozent gefordert.

Auch in Kassel wollen die Metallindustriellen den neuen Lohn einfach diktieren.

SPD. Die bayerischen Textilindustriellen provozieren. Sie verlangen nicht weniger als 20 bis 40 Prozent Lohnabbau, und die Augsburger Textilherren, die ihre Belegschaften zum 21. November gekündigt haben, liessen in ihren Betrieben durch Anschlag bekannt geben, dass nur die Arbeitskräfte weiter beschäftigt würden, die bis zum 16. November abends sich mit den vorgeschlagenen neuen Lohnsätzen einverstanden erklären. Die neuen Hungerlöhne bewegen sich für Arbeiter vom 15. bis 25. Lebensjahr zwischen 20 und 50 Pfennig pro Stunde und für die Arbeiterinnen in den gleichen Altersstufen zwischen 19 und 37 Pfennig.

Was hier die Textilunternehmer fordern, bedeutet nichts anderes als die Beseitigung von 6 Lohnerhöhungen auf einen Schlag. Auch in der bayerischen Textilindustrie, wo ebenfalls seit vielen Monaten Kurzarbeit besteht, sind die Textillöhne im Begriff, weit unter die Fürsorgesätze zu sinken.

SPD. In Köln streiken seit einer Woche 4 000 Metallarbeiter, weil die Unternehmer einen scharfen Lohnabbau diktieren wollen. Alle Ueberredungsversuche der Betriebsleiter, alle Entlassungsdrohungen und auch die Zusendung der Papiere, die am Sonnabend erfolgte, blieben wirkungslos. Die Stimmung der ausgesperrten Arbeiter ist fest und zuversichtlich.

SPD. Die Nachverhandlungen über den Lohnabbauschiedsspruch für die Eisenbahnarbeiter finden am kommenden Montag statt.